

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Burkard Dregger (CDU)

vom 21. Januar 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Januar 2025)

zum Thema:

Offener Brief von Lehrkräften der Berliner Volkshochschulen zur Situation in Gaza

und **Antwort** vom 5. Februar 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 6. Februar 2025)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Burkard Dregger (CDU)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/21423

vom 21. Januar 2025

über Offener Brief von Lehrkräften der Berliner Volkshochschulen zur Situation in Gaza

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft zum Teil Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher die Bezirke um Stellungnahme insbesondere zu den Fragen 5 und 6 gebeten. Zudem wurde der Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus um Rückmeldung zu den Fragen 1 und 7 gebeten. Die Rückmeldungen sind bei der nachfolgenden Beantwortung berücksichtigt.

Vorbemerkung des Abgeordneten:

In einem offenen Brief, der am 09.12.2024 an die berufspolitische Mailingliste (ca. 500 Berliner VHS-Lehrkräfte) gesendet wurde, fordern derzeit etwa 80 Lehrkräfte und Mitarbeitende die Berliner Volkshochschulen auf, sich gegen einen vorgeblichen „Genozid in Gaza“ zu positionieren.

1. Hat der Senat Kenntnis von diesem offenen Brief bekommen, der im Dezember 2024 zirkuliert wurde und weiterhin Unterschriften sammelt? Siehe: <https://forms.gle/8rfX6UQroRE5Ny819>

Zu 1.: Der Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus hat zu dieser Frage wie folgt geantwortet: „Am 19. Dezember 2024 wurde eine E-Mail an den Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus adressiert, in der auf den mutmaßlichen "Offenen Brief" von Lehrenden an Berliner Volkshochschulen hingewiesen und darum gebeten wurde, eine Einschätzung zur Frage vorzunehmen, ob dieser antisemitisch sei. Die Eingabe erfolgte mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass die/der Petent*in anonym agiere. Der Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus antwortet grundsätzlich nicht auf anonyme Eingaben, darüber hinaus gehört es nicht zu den Aufgaben des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus, Einzelsachverhalte gegenüber Privatpersonen zu bewerten.“

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) als für die Berliner Volkshochschulen zuständige Senatsverwaltung hatte bis zum Eingang der vorliegenden Schriftlichen Anfrage keine Kenntnis von dem „offenen Brief“.

Es ist darauf hinzuweisen, dass dieser „offene Brief“ nicht mit der Nennung einer Autorin oder eines Autors versehen ist und auf keiner der verschiedenen Internetseiten, über die sich Gruppierungen der Kursleitungen der Berliner Volkshochschulen nach Kenntnis des Senats organisieren, hinterlegt oder verlinkt ist. Gleichwohl kann jede Person, die den mit der Schriftlichen Anfrage übermittelten Link nutzt, mit einer Namensangabe unterzeichnen, ohne dass die wahre Identität geprüft wird.

Zudem ist die im „offenen Brief“ eingangs genutzte Formulierung „Lehrende und Mitarbeitende an den Berliner Volkshochschulen“ potentiell irreführend: Die Berliner Volkshochschulen beauftragen für ihre Kursangebote Freiberufler mit der Lehre. Diese Personen sind zu unterscheiden von den festangestellten Mitarbeitenden der Volkshochschulen, womit in der Regel ausschließlich die Dienstkräfte der Berliner Bezirksämter bezeichnet werden, die mit der Organisation und Administration der Volkshochschulen befasst sind.

Bisher hat keine Dienststelle des Landes Berlin diesen „offenen Brief“ als unterzeichneten Brief erhalten (siehe auch Antwort auf Frage 5).

2. Stimmt der Senat der Einschätzung zu, dass die einseitige Darstellung der israelischen Kriegsführung in Gaza, das Verschweigen der Hamas-Terrorangriffe vom 07.10.2023, der Geisel-Verschleppung und des bis zuletzt anhaltenden Beschusses Israels mit bislang ca. 10.000 Raketen und anderen Angriffen der Hamas als Ursache des Krieges sowie der Missbrauch der palästinensischen Zivilbevölkerung als menschliche Schutzschilde durch die Hamas und die mit der einseitigen Darstellung verbundene Täter-Opfer-Umkehr antisemitische Ressentiments, eine Dämonisierung Israels und die Gefährdungen der Juden in Berlin fördert?

Zu 2.: Der Senat lehnt ausdrücklich jegliche Form des Antisemitismus ab. Für eine Einschätzung des Inhalts des „offenen Briefes“ wird auf die Antwort zu Frage 7 verwiesen.

3. Stimmt der Senat der Einschätzung zu, dass die Verbreitung derartiger Positionen an Volkshochschulen, an denen viele Flüchtlinge aus arabischen/muslimischen Staaten unterrichtet werden, dem Bildungsauftrag der Volkshochschulen diametral entgegensteht?

Zu 3.: Bildungsauftrag und Bildungsangebot der Berliner Volkshochschulen sind in § 6 und § 7 Erwachsenenbildungsgesetz umfassend beschrieben. Besonders hingewiesen wird in diesem Zusammenhang auf § 6 Absatz 3: „Ein besonderer Aufgabenschwerpunkt der Volkshochschulen liegt in der Förderung der gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund und der Vielfalt in Berlin. In gleichem Maße gehört es zu den herausgehobenen Aufgaben der Volkshochschulen, Diversitätskompetenzen zu entwickeln und zu stärken sowie Raum für diskriminierungskritische Auseinandersetzungen zu bieten.“

Dieser Auftrag spiegelt sich auch im gemeinsamen Leitbild der Berliner Volkshochschulen wider (<https://www.berlin.de/vhs/ueber-uns/leitbild/>).

Zudem wird auf ein Statement des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (dvv) verwiesen, mit dem Titel „Volkshochschulen stehen ein für jüdisches Leben in Deutschland und positionieren sich klar gegen Antisemitismus“ (<https://www.volkshochschule.de/medien/downloads/bildungspolitik/positionspapiere-des-dvv/2023-DVV-Statement-Juedisches-Leben.pdf>). Darin wird für alle deutschen Volkshochschulen festgehalten: „Volkshochschulen stehen für Toleranz, Vielfalt und Respekt und wenden sich gegen jede Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Antisemitismus und Islamfeindlichkeit haben weder Platz in unserer Gesellschaft noch an der Volkshochschule.“

4. Ist der Senat der Ansicht, dass Lehrkräfte, die einen solchen Brief unterschreiben, nicht mehr für eine antisemitismuskritische Haltung offen sind und sich mitverantwortlich machen für die weitere Verbreitung von Antisemitismus in der Gesellschaft?

Zu 4.: Der Senat lehnt ausdrücklich jegliche Form des Antisemitismus ab. Für eine Einschätzung des Inhalts des „offenen Briefes“ wird auf die Antwort zu Frage 7 verwiesen. Für die Auswahl der Personen, die an Volkshochschulen lehren, sind die Berliner Volkshochschulen jeweils eigenständig zuständig. Eine Fachaufsicht durch die SenBJF besteht nicht.

5. Haben die Berliner Volkshochschulen den Offenen Brief erhalten – und wenn ja an welchem Datum? Was ist nach dem Eingang passiert?

Zu 5.: Die Abfrage bei den bezirklichen Berliner Volkshochschulen hat ergeben, dass der „offene Brief“ in keiner der Einrichtungen eingegangen ist und erst durch die Schriftliche Anfrage bekannt wurde. Lediglich eine VHS-Leitung hatte im Vorfeld Kenntnis von der Existenz eines „offenen Briefes“, ohne den genauen Inhalt oder die Verfasser zu kennen.

6. Wie gedenken die Volkshochschulen auf den Brief zu reagieren und welche Konsequenzen erwachsen daraus?

Zu 6.: Auf die Abfrage bei den bezirklichen Berliner Volkshochschulen verweisen diese jeweils auf das gemeinsame Leitbild der Berliner Volkshochschulen und auf das Statement „Volkshochschulen stehen ein für jüdisches Leben in Deutschland und positionieren sich klar gegen Antisemitismus“ des dvv (siehe Antwort zu Frage 3). Den in diesen Dokumenten dargelegten Prinzipien und Werten sind, so die einhellige Rückantwort, die Berliner Volkshochschulen verpflichtet – und darauf verpflichten sie auch ihre Kursleitungen. Mehrere Volkshochschulen wollen die nun erlangte Kenntnis des „offenen Briefes“ zum Anlass nehmen, verstärkt das Gespräch mit den Kursleitungen zu dieser Verpflichtung zu suchen.

7. Wie bewertet der zuständige Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus den Offenen Brief?

Zu 7.: Der Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus hat zu dieser Frage wie folgt geantwortet: „Dem Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus ist bislang nicht bekannt, dass der „Offene Brief“ tatsächlich als Schreiben offiziell, d. h. mit klarer Benennung von für das Schreiben verantwortlichen Autor*innen, adressiert worden wäre. Insofern handelt es sich bei dem „Offenen Brief“ um ein Dokument, dessen Authentizität der Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus in eigener Verantwortung nicht

prüfen kann; die in dem Dokument formulierten Äußerungen sind ungeachtet dessen geprägt von einer massiven Täter-Opfer-Umkehr, bei der mit projektiven antiisraelischen Zuschreibungen gearbeitet wird und das antisemitische Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023, auf das der Staat Israel reagiert und sich gegen den antisemitischen Terror wehrt, ebenso ausblendet, wie die Tatsache, dass die Hamas ihrerseits zivile Einrichtungen als Schutz für ihre terroristische Logistik nutzt und insofern neben ihrer genuin antisemitischen Ausrichtung auch fortwährend gegen die eigene Bevölkerung agiert.“

8. Hält der Senat die in dem Offenen Brief zum Ausdruck kommende Haltung im pädagogischen Kontext, insbesondere bei Integrationskursen und sonstigen Deutschkursen, für angemessen?

Zu 8.: Der Senat lehnt ausdrücklich jegliche Form des Antisemitismus ab. Gerade in Zeiten wie diesen ist es besonders wichtig, dass wir Solidarität und gegenseitiges Verständnis fördern. Unsere Bildungseinrichtungen sollten Orte des Dialogs und des Respekts sein, an denen unterschiedliche Meinungen und Hintergründe friedlich koexistieren. Nur durch offene Gespräche können wir ein Verständnis für unsere gemeinsamen Werte wie Demokratie, Respekt und Menschenwürde schaffen. Jede Form von demonstrativer Handlung oder Meinungsäußerung, die als Zustimmung zu den Angriffen auf Israel oder als Unterstützung von Terrororganisationen wie der Hamas oder Hisbollah interpretiert werden kann, wird nicht geduldet. Im Übrigen wird für eine Einschätzung des Inhalts des „offenen Briefes“ auf die Antwort zu Frage 7 verwiesen.

Berlin, den 5. Februar 2025

In Vertretung

Dr. Torsten Kühne

Senatsverwaltung für Bildung,

Jugend und Familie